



| Hubert Feichtlbauer |

Res publica

Tolerante Bürger statt Gotteskrieger

An manchen Schulen in Österreich stellen heute schon die vom Religionsunterricht abgemeldeten Schüler die zweitgrößte „Bekennergemeinschaft“. Islamische Kinder fallen dabei statistisch nicht ins Gewicht, weil für solche eine Abmeldung unvorstellbar ist. Aber es gibt vereinzelt auch schon Eltern, die nach einer Möglichkeit suchen, ihre Kinder von einem Unterricht fernzuhalten, in dem fundamentalistische Imame die Lehre verbreiten, jeder Muslim habe ein „Krieger Allahs“ zu sein.

„Deshalb wäre ein alle verpflichtender Ethikunterricht so wichtig“, hieß es dazu dieser Tage in einer Diskussionsgruppe der politischen Reformbewegung „Nova Europa“. Das hat etwas für sich. Warum sollen nicht alle Schüler in einem überkonfessionell angelegten Fach Grundsätze für ein funktionierendes Zusammenleben religiös und kulturell unterschiedlich geprägter Staatsbürgerinnen und Staatsbürger erfahren?

Aber brauchen eine solche Einführung in eine solidarisch gelebte Demokratie, in weltweit geltende Menschenrechte, Gleichberechtigung und richtig verstandene Toleranz nicht zuletzt auch jene, die überhaupt keinen religiösen Hintergrund haben? Beklagen wir nicht das Auswuchern von Ichsucht und brutaler Egozentrik in allen Lebensbereichen? Erkennen wir nicht immer deutlicher, dass die eigentliche Erbsünde der Menschheit im Verlust mitmenschlicher Verantwortung besteht?

Die Frage ist, ob ein Ethikunterricht dafür ausreicht, in dem noch so um Objektivität bemühte (christliche) Religionslehrer allgemein gültige Regeln für ein menschenwürdiges Miteinander verbreiten. Sind alle Religionspädagogen befähigt und bereit, junge Generationen zu aktiven Mitgestaltern einer pluralistischen Demokratie heranzubilden? Was leistet das Fach Politische Bildung außer Institutionenlehre? Vielleicht sollte man in eine umfassende Bildungsdebatte auch solche Fragen ernsthaft einbeziehen.



Foto: APA (3)

Auss
Peter H
früher G
führer e
Agentur
tete vor
Untersu
Ausschu
die Vert
Geld an
und Part

Unte
Am W
landesg
den - u
rem -
wege
Geldflü
mobilie
ten g
Akter
einem Tr

Parallel-Slalom im Par

Die befürchtete Überschneidung von gerichtlichen und Untersuchungen zur Korruption sind ausgel

| Von Claus Reitan |

Befürchtungen, der parlamentarische Ausschuss zur Untersuchung von Korruptionsfällen und Finanzierungsströmen könnte mit den am Wiener Straflandesgericht laufenden Ermittlungsverfahren gegen teilweise idente Personen in teilweise identen Causen kollidieren, haben sich noch nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil.

„Es geht besser, als erwartet“, sagt etwa Werner Zögernitz, Präsident des im Parlament angesiedelten „Institutes für Parlamentarismus und Demokratiefragen“ auf FURCHE-Anfrage. Trotz des Problems, dass sich einige Personen wegen paralleler Untersuchung der Aussage entziehen, seien die ersten Sitzungen und Einvernahmen vor dem Untersuchungsausschuss „besser gelaufen, als befürchtet“. Auch die anfänglich erwarteten Schwierigkeit im Aktenlauf seien nicht eingetreten.

Akten neu und ungeschwärzt

Ähnlich positiv bilanzierte jüngst Gabriele Moser als Vorsitzende die bisherige Tätigkeit des Ausschusses. Dass sich einige Personen, etwa der frühere Verkehrsminister Hubert Gorbach, der Aussage entziehen würden, sei zu erwarten gewesen. Doch eine „Nicht-Aussage“ würde den Betroffenen „eher belasten“, weil dann die Daten und Angaben aus den Akten unwidersprochen im Raum stehen bleiben würden.

Öffentlich

Der Ausschuss zur Untersuchung von Korruptionsfällen und Geldflüssen ist öffentlich – und das gab Gesetzesinitiativen neuen Auftrieb.

Eine Lösung wurde diese Woche im jüngsten Konflikt um die Übermittlung teilweise geschwärzter Akten gefunden. Nach der Empörung der Abgeordneten aller Parteien über die teilweise geschwärzt erhaltenen Akten bezüglich der Steuerunterlagen des Lobbyisten Alfons Mensdorff-Pouilly

„Wer entscheidet im Konflikt um die Übermittlung von Akten: geschwärzt oder ungeschwärzt? In der Causa Mensdorff-Pouilly hat sich das Parlament durchgesetzt.“

hat sich das Finanzministerium zur Änderung der Vorgangsweise entschlossen: Mitte der Woche wurden die Akten neuerlich übermittelt. Es seien nun auch jene Angaben lesbar, die vom Finanzamt Eisenstadt ursprünglich als „nicht relevant“ eingestuft worden waren. Ausgespart bleibe nur ein kleiner Bereich, der die Rechte völlig unbeteiligter Dritter betreffe. Dennoch bleibt: Völlig ungeschwärzt bekommen die Abgeordneten den Akt nicht in die Hände, Privates bleibe unkenntlich, wie Hans-Georg Kramer, Generalsekretär im Finanzministerium erklärte.

Der Vorgang selbst scheint jedoch eine Lücke im Regelwerk

offenzule
Streits z
ganen.

Die Be
angeforde
gen, die
den Unte
ständig
Privates
mit ist ei
lament ei
ständig z
Behörden
ständig oc
übermitte
scheidet?
gan-Streit
anders als
keine Inst
Deutschla
te „Inter
Verfassung
diese sei i
sehen. Wa
gernitz, wi
des Parlam
zusammen
fahrens an
den, welch
le fungiere
Geklärt
he unten -
führende I
des Unters
Grundsä
medienöff

1309 20

KALI KOJIEL